



**20. Interparlamentarische Konferenz
für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)
und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)**

25. Februar 2022

Erklärung

Wir, Vertreter der Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten und Verteidigung aller nationalen Parlamente der Europäischen Union und des Europäischen Parlaments,

1. Verurteilen auf das Schärfste die militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine, die einen klaren Verstoß gegen die von der internationalen Gemeinschaft anerkannten Grundsätze und die von Russland eingegangenen Verpflichtungen darstellt.
2. Bekunden unsere uneingeschränkte Solidarität mit den rechtmäßigen Behörden der Ukraine und dem ukrainischen Volk.
3. Bekräftigen nachdrücklich unsere Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen.
4. Rufen die Russische Föderation zu einem sofortigen und bedingungslosen Rückzug ihrer in der Ukraine stationierten Streitkräfte auf.
5. Verurteilen die Blankovollmacht des russischen Parlaments für die Invasion der Ukraine und die Instrumentalisierung der parlamentarischen Institution für Zwecke der territorialen Eroberung.
6. Rufen die parlamentarischen Gremien multilateraler Organisationen auf, die Invasion der Ukraine und die Handlungen der Russischen Föderation zu verurteilen.

7. Betonen die Verantwortung der Führung der Russischen Föderation für die Auslösung und die Folgen dieses Konflikts.
8. Rufen die Europäische Union zu politischen, wirtschaftlichen, handelspolitischen und finanziellen Sanktionen gegen die Russische Föderation in bisher ungekanntem Ausmaß auf, die unverzüglich umzusetzen sind und in Abstimmung mit unseren Partnern und Verbündeten festgelegt werden.
9. Fordern die Europäische Union auf, die Regierung und das Volk der Ukraine massiv und unerschütterlich zu unterstützen, indem sie alle notwendigen Mittel, insbesondere wirtschaftlicher und humanitärer Art mobilisiert, und sich mit ihren Partnern und Verbündeten abzustimmen, um diese Unterstützung zu verstärken, und begrüßen gleichzeitig die Schnelligkeit, mit der kürzlich ein Darlehen in Höhe von 1,2 Milliarden Euro von der Europäischen Union für die Ukraine bewilligt wurde.
10. Wünschen uns, dass die Europäische Union sich so schnell wie möglich organisiert, um die Flüchtlinge, die dieser Krieg wahrscheinlich hervorruft, unter den bestmöglichen Bedingungen aufzunehmen.
11. Bekunden in diesem Zusammenhang unsere Einigkeit, unser unerschütterliches Bekenntnis zu den gemeinsamen europäischen Werten und unsere Entschlossenheit, die Solidarität mit den Mitgliedstaaten an den Außengrenzen der Union zu stärken.